



Leseprobe

Unsere Fachinhalte bieten Ihnen praxisnahe Lösungen, wertvolle Tipps und direkt anwendbares Wissen für Ihre täglichen Herausforderungen.

- ✓ **Praxisnah und sofort umsetzbar:** Entwickelt für Fach- und Führungskräfte, die schnelle und effektive Lösungen benötigen.
- ✓ **Fachwissen aus erster Hand:** Inhalte von erfahrenen Expertinnen und Experten aus der Berufspraxis, die genau wissen, worauf es ankommt.
- ✓ **Immer aktuell und verlässlich:** Basierend auf über 30 Jahren Erfahrung und ständigem Austausch mit der Praxis.

Blättern Sie jetzt durch die Leseprobe und überzeugen Sie sich selbst von der Qualität und dem Mehrwert unseres Angebots!

Inhalt

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	38
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		40
§ 1	Zweck des Gesetzes	40
§ 2	Begriffsbestimmungen	40
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten		40
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer	40
§ 4	Ruhepausen	40
§ 5	Ruhezeit	40
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	41
§ 7	Abweichende Regelungen	41
§ 8	Gefährliche Arbeiten	43
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe		43
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	43
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	43
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	45
§ 12	Abweichende Regelungen	45
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	45
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		46
§ 14	Außergewöhnliche Fälle	46
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung	47
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		48
§ 16	Aushang und Arbeitszeitanzeige	48
§ 17	Aufsichtsbehörde	48
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		49
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes	49
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst	49
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt	49
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	49
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport	50
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		51
§ 22	Bußgeldvorschriften	51
§ 23	Strafvorschriften	51
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		51
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	51
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	51

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	54
§ 612	Vergütung	54
§ 612a	Maßregelungsverbot	54

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		56
§ 1	Geltungsbereich	56
§ 2	Kind, Jugendlicher	56
§ 3	Arbeitgeber	56

§ 4	Arbeitszeit	56
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		56
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	56
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	57
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	58
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		58
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		58
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	58
§ 9	Berufsschule.....	58
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	59
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	59
§ 12	Schichtzeit.....	59
§ 13	Tägliche Freizeit.....	59
§ 14	Nachruhe	59
§ 15	Fünf-Tage-Woche.....	60
§ 16	Samstagsruhe.....	60
§ 17	Sonntagsruhe	61
§ 18	Feiertagsruhe.....	61
§ 19	Urlaub.....	61
§ 20	Binnenschiffahrt.....	62
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	62
§ 21a	Abweichende Regelungen	63
§ 21b	Ermächtigung.....	63
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		63
§ 22	Gefährliche Arbeiten	63
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	64
§ 24	Arbeiten unter Tage.....	64
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen.....	65
§ 26	Ermächtigungen	65
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen.....	65
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		66
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit.....	66
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	66
§ 29	Unterweisung über Gefahren.....	66
§ 30	Häusliche Gemeinschaft.....	67
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	67
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....		67
§ 32	Erstuntersuchung	67
§ 33	Erste Nachuntersuchung	67
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen.....	68
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung.....	68
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	68
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen.....	68
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	68
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	68
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	69
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	69
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	69
§ 43	Freistellung für Untersuchungen	69
§ 44	Kosten der Untersuchungen.....	69
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	69
§ 46	Ermächtigungen	69

Inhalt

Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	70
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse	70
§ 47 Bekanntheit des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	70
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen	70
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen	70
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse	70
Zweiter Titel – Aufsicht	71
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	71
§ 52 (weggefallen)	71
§ 53 Mitteilung über Verstöße	71
§ 54 Ausnahmegenehmigungen	71
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	71
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz	71
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde	72
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse	72
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	73
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften	73
§ 59 Bußgeldvorschriften	75
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	75
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften	75
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen	75
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung	76
§§ 63–70 (weggefallen)	76
§ 71 (aufgehoben)	76
§ 72 Inkrafttreten	76

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen	78
§ 1 Verkaufsstellen	78
§ 2 Begriffsbestimmungen	78
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten	78
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten	78
§ 4 Apotheken	78
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften	78
§ 6 Tankstellen	79
§ 7 (weggefallen)	79
§ 8 Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	79
§ 9 Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen	79
§ 10 Kur- und Erholungsorte	80
§ 11 Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen	80
§ 12 Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	80
§ 13 (weggefallen)	80
§ 14 Weitere Verkaufssonntage	80
§ 15 Sonntagsverkauf am 24. Dezember	81
§ 16 (weggefallen)	81
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer	81
§ 17 Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen	81
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbebezüge und für den Marktverkehr	82
§§ 18 und 18a (weggefallen)	82
§ 19 Marktverkehr	82
§ 20 Sonstiges gewerbliches Feilhalten	82

Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	83
§ 21 Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	83
§ 22 Aufsicht und Auskunft	83
§ 23 Ausnahmen im öffentlichen Interesse	83
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	84
§ 24 Ordnungswidrigkeiten	84
§ 25 Straftaten	84
§ 26 (weggefallen)	84
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen	85
§ 27 Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	85
§ 28 Bestimmung der zuständigen Behörden	85
§§ 29 und 30 (weggefallen)	85
§ 31 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	85

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	88
§ 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes	88
§ 2 Begriffsbestimmungen	88
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz	89
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz	89
§ 3 Schutzfristen vor und nach der Entbindung	89
§ 4 Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	90
§ 5 Verbot der Nacharbeit	90
§ 6 Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	91
§ 7 Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	91
§ 8 Beschränkung von Heimarbeit	91
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz	92
§ 9 Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	92
§ 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	93
§ 11 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	93
§ 12 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen	95
§ 13 Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	96
§ 14 Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	97
§ 15 Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	97
Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	97
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot	97
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz	97
§ 17 Kündigungsverbot	97
Abschnitt 4 – Leistungen	98
§ 18 Mutterschutzlohn	98
§ 19 Mutterschaftsgeld	98
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	99
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	99
§ 22 Leistungen während der Elternzeit	100
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	100
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten	100
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots	100
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes	100
§ 26 Aushang des Gesetzes	100

Inhalt

§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	100
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	101
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht.....	102
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz.....	103
§ 31	Erlass von Rechtsverordnungen	104
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften		104
§ 32	Bußgeldvorschriften.....	104
§ 33	Strafvorschriften.....	105
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften		105
§ 34	Evaluationsbericht	105

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....		108
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich.....	108
§ 2	Begriffsbestimmungen	108
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers		108
§ 3	Grundpflichten des Arbeitgebers	108
§ 4	Allgemeine Grundsätze.....	109
§ 5	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	109
§ 6	Dokumentation.....	109
§ 7	Übertragung von Aufgaben.....	110
§ 8	Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber.....	110
§ 9	Besondere Gefahren.....	110
§ 10	Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	110
§ 11	Arbeitsmedizinische Vorsorge	111
§ 12	Unterweisung.....	111
§ 13	Verantwortliche Personen	111
§ 14	Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	112
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten		112
§ 15	Pflichten der Beschäftigten	112
§ 16	Besondere Unterstützungspflichten	112
§ 17	Rechte der Beschäftigten	112
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen.....		113
§ 18	Verordnungsermächtigungen.....	113
§ 19	Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	113
§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	114
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie		114
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	114
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz	115
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften		115
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	115
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	117
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	118
§ 24	Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	119
§ 24a	Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	119
§ 25	Bußgeldvorschriften.....	120
§ 26	Strafvorschriften.....	120

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich	124
-----	-------------------------------	-----

§ 2	Begriffsbestimmungen	124
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	126
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	126
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	127
§ 5	Nichtraucherschutz	127
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten.....	128
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	128
§ 8	Übergangsvorschriften.....	129
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	129
Anhang	130

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abchnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	146
§ 1 Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	146
§ 2 Begriffsbestimmungen	146
Abchnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen	147
§ 3 Gefährdungsbeurteilung.....	147
§ 4 Grundpflichten des Arbeitgebers	149
§ 5 Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel.....	150
§ 6 Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	151
§ 7 Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	151
§ 8 Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	152
§ 9 Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	153
§ 10 Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	154
§ 11 Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	155
§ 12 Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	156
§ 13 Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	157
§ 14 Prüfung von Arbeitsmitteln	157
Abchnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....	158
§ 15 Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	158
§ 16 Wiederkehrende Prüfung.....	159
§ 17 Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	159
§ 18 Erlaubnispflicht	160
Abchnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit	161
§ 19 Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	161
§ 20 Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	162
§ 21 Ausschuss für Betriebssicherheit	163
Abchnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	164
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	164
§ 23 Straftaten	166
§ 24 Übergangsvorschriften.....	166

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	170
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	170
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	170
§ 2 Begriffsbestimmungen	171
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	172
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	172
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	172

Inhalt

Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen.....	172
§ 5 Benennung	172
§ 6 Stellung.....	172
§ 7 Aufgaben.....	173
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.....	174
§ 8 Errichtung	174
§ 9 Zuständigkeit.....	174
§ 10 Unabhängigkeit	174
§ 11 Ernennung und Amtszeit	174
§ 12 Amtsverhältnis.....	175
§ 13 Rechte und Pflichten.....	176
§ 14 Aufgaben.....	177
§ 15 Tätigkeitsbericht.....	178
§ 16 Befugnisse	178
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	179
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	179
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder.....	180
§ 19 Zuständigkeiten.....	180
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe.....	181
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz.....	181
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	181
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	182
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	182
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken.....	182
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	182
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen.....	183
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen.....	184
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	184
Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....	185
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	185
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	186
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	187
§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	187
§ 30 Verbraucherkredite	188
§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	188
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person	189
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person.....	189
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden.....	190
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person	191
§ 35 Recht auf Löschung.....	191
§ 36 Widerspruchsrecht.....	192
§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling.....	192
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....	192
§ 38 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen.....	192

§ 39	Akkreditierung	193
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen		193
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	193
Kapitel 5 – Sanktionen		194
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	194
§ 42	Strafvorschriften	194
§ 43	Bußgeldvorschriften	195
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe		195
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	195
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680		195
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten		195
§ 45	Anwendungsbereich	195
§ 46	Begriffsbestimmungen	196
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	198
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten		198
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	198
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	198
§ 50	Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	199
§ 51	Einwilligung	199
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	199
§ 53	Datengeheimnis	199
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	199
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person		200
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	200
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	200
§ 57	Auskunftsrecht	200
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	202
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	203
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	203
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	203
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter		204
§ 62	Auftragsverarbeitung	204
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	205
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	205
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	206
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	207
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	208
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	208
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	208
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	209
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	210
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	210
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	211
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	211
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	211
§ 76	Protokollierung	211
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	212

Inhalt

Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	212
§ 78 Allgemeine Voraussetzungen	212
§ 79 Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	213
§ 80 Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	213
§ 81 Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	214
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	214
§ 82 Gegenseitige Amtshilfe	214
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen	215
§ 83 Schadensersatz und Entschädigung	215
§ 84 Strafvorschriften.....	215
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	215
§ 85 Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	215
§ 86 Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen.....	216

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld	218
§ 1 Berechtigte	218
§ 2 Höhe des Elterngeldes.....	219
§ 2a Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag.....	220
§ 2b Bemessungszeitraum	221
§ 2c Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit.....	222
§ 2d Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	222
§ 2e Abzüge für Steuern	223
§ 2f Abzüge für Sozialabgaben	224
§ 3 Anrechnung von anderen Einnahmen	224
§ 4 Bezugsdauer, Anspruchsumfang.....	225
§ 4a Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	227
§ 4b Partnerschaftsbonus	227
§ 4c Alleiniger Bezug durch einen Elternteil.....	227
§ 4d Weitere Berechtigte	228
Abschnitt 2 – Verfahren und Organisation	228
§ 5 Zusammentreffen von Ansprüchen	228
§ 6 Auszahlung	228
§ 7 Antragstellung	228
§ 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen.....	229
§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	229
§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	230
§ 11 Unterhaltspflichten	230
§ 12 Zuständigkeit; Aufbringung der Mittel	231
§ 13 Rechtsweg.....	231
§ 14 Bußgeldvorschriften.....	231
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	231
§ 15 Anspruch auf Elternzeit	231
§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit.....	233
§ 17 Urlaub.....	234
§ 18 Kündigungsschutz.....	234
§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit	235
§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte.....	235
§ 21 Befristete Arbeitsverträge.....	235

Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften	236
§ 22 Bundesstatistik	236
§ 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	236
§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt	237
§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	237
§ 24b Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung	237
§ 25 Datenübermittlung durch Standesämter	238
§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	238
§ 27 Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	238
§ 28 Übergangsvorschrift	238

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch	242
§ 2 Geltungsbereich	242
§ 3 Dauer des Urlaubs	242
§ 4 Wartezeit	242
§ 5 Teilurlaub	242
§ 6 Ausschluss von Doppelansprüchen	242
§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	242
§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs	243
§ 9 Erkrankung während des Urlaubs	243
§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	243
§ 11 Urlaubsentgelt	243
§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit	243
§ 13 Unabdingbarkeit	244
§ 14 Berlin-Klausel	244
§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen	245
§ 15a Übergangsvorschrift	245
§ 16 Inkrafttreten	245

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich	248
§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen	248
§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	248
§ 3a Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen	248
§ 4 Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	249
§ 4a Kürzung von Sondervergütungen	249
§ 5 Anzeige- und Nachweispflichten	250
§ 6 Forderungsübergang bei Dritthaftung	250
§ 7 Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	250
§ 8 Beendigung des Arbeitsverhältnisses	251
§ 9 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation	251
§ 10 Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit	251
§ 11 Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	252
§ 12 Unabdingbarkeit	253
§ 13 Übergangsvorschrift	253

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1 Ziel des Gesetzes	256
§ 2 Familienpflegezeit	256
§ 2a Inanspruchnahme der Familienpflegezeit	256

Inhalt

§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	257
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung.....	257
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	258
§ 5	Ende der Förderfähigkeit.....	258
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	259
§ 7	Härtefallregelung.....	259
§ 8	Antrag auf Förderung.....	260
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	261
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	261
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	261
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	261
§ 13	Aufbringung der Mittel	261
§ 14	Beirat.....	262
§ 15	Übergangsvorschrift.....	262
§ 16	Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	262

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	266
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich.....	266
§ 2 Begriffsbestimmungen	266
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	269
§ 3 Gefahrenklassen.....	269
§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung	270
§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	271
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	271
§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	271
§ 7 Grundpflichten.....	275
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	276
§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen	276
§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	278
§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B.....	279
§ 11 Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	280
§ 12 (weggefallen)	280
§ 13 Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	280
§ 14 Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	281
§ 15 Zusammenarbeit verschiedener Firmen	283
Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln	283
§ 15a Verwendungsbeschränkungen.....	283
§ 15b Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	284
§ 15c Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	284
§ 15d Besondere Anforderungen bei Begasungen	285
§ 15e Ergänzende Dokumentationspflichten	286
§ 15f Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....	286
§ 15g Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....	287
§ 15h Ausnahmen von Abschnitt 4a	287
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen	288
§ 16 Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	288

§ 17	Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	288
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe		
§ 18	Unterrichtung der Behörde	288
§ 19	Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	289
§ 19a	Anerkennung ausländischer Qualifikationen	290
§ 20	Ausschuss für Gefahrstoffe	290
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften		
§ 21	Chemikaliengesetz – Anzeigen	291
§ 22	Chemikaliengesetz – Tätigkeiten	291
§ 23	(weggefallen)	293
§ 24	Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....	293
§ 25	Übergangsvorschrift.....	294

Geschäftsgeheimnisschutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines		
§ 1	Anwendungsbereich	296
§ 2	Begriffsbestimmungen	296
§ 3	Erlaubte Handlungen	296
§ 4	Handlungsverbote	297
§ 5	Ausnahmen	297
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen		
§ 6	Beseitigung und Unterlassung	297
§ 7	Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	298
§ 8	Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht.....	298
§ 9	Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	298
§ 10	Haftung des Rechtsverletzers	298
§ 11	Abfindung in Geld.....	299
§ 12	Haftung des Inhabers eines Unternehmens	299
§ 13	Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung.....	299
§ 14	Missbrauchsverbot	299
Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen		
§ 15	Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	299
§ 16	Geheimhaltung.....	300
§ 17	Ordnungsmittel.....	300
§ 18	Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens.....	300
§ 19	Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	300
§ 20	Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	301
§ 21	Bekanntmachung des Urteils.....	301
§ 22	Streitwertbegünstigung.....	302
Abschnitt 4 – Strafvorschriften		
§ 23	Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	302

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1	Beschäftigungsverbot	306
§ 2	Zulässige Beschäftigungen	306
§ 3	Behördliche Befugnisse	306
§ 4	Inkrafttreten	306

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz.....	308
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	308
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	309
§ 2 Änderungskündigung.....	309
§ 3 Kündigungseinspruch.....	309
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	309
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	310
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	310
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	310
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	310
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	310
§ 10 Höhe der Abfindung	311
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	311
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	311
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	311
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	312
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	312
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung.....	312
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	313
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen.....	313
§ 17 Anzeigepflicht	313
§ 18 Entlassungssperre	315
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	315
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	315
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	315
§ 22 Ausnahmebetriebe.....	316
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen.....	316
§ 23 Geltungsbereich	316
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	316
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen.....	317
§ 25a Berlin-Klausel	317
§ 26 Inkrafttreten	317

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abchnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	320
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns.....	320
§ 1 Mindestlohn.....	320
§ 2 Fälligkeit des Mindestlohns.....	320
§ 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns.....	320
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission	321
§ 4 Aufgabe und Zusammensetzung	321
§ 5 Stimmberechtigte Mitglieder	321
§ 6 Vorsitz	321
§ 7 Beratende Mitglieder	321
§ 8 Rechtsstellung der Mitglieder	321
§ 9 Beschluss der Mindestlohnkommission.....	322
§ 10 Verfahren der Mindestlohnkommission	322
§ 11 Rechtsverordnung.....	323
§ 12 Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	323

Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung.....	323
§ 13 Haftung des Auftraggebers	323
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....	323
§ 14 Zuständigkeit.....	323
§ 15 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	323
§ 16 Meldepflicht.....	323
§ 17 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....	325
§ 18 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	325
§ 19 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	326
§ 20 Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	326
§ 21 Bußgeldvorschriften.....	326
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften	327
§ 22 Persönlicher Anwendungsbereich.....	327
§ 23 Evaluation	328
§ 24 Übergangsregelung.....	328

Dritte Mindestlohnanpassungsverordnung – MiLoV3

§ 1 Höhe des Mindestlohns.....	332
§ 2 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	332

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1 Anwendungsbereich	334
§ 2 Nachweispflicht.....	334
§ 3 Änderung der Angaben.....	335
§ 4 Übergangsvorschrift.....	335
§ 5 Unabdingbarkeit.....	335

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1 Ziel des Gesetzes	338
§ 2 Kurzzeitige Arbeitsverhinderung.....	338
§ 3 Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....	338
§ 4 Dauer der Inanspruchnahme	339
§ 4a Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonder- regelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	340
§ 5 Kündigungsschutz.....	340
§ 6 Befristete Verträge	340
§ 7 Begriffsbestimmungen	341
§ 8 Unabdingbarkeit.....	341
§ 9 Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	341

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall	344
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....	344
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung.....	344
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....	344
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	344
§ 3 Versicherung kraft Satzung	347
§ 4 Versicherungsfreiheit.....	348
§ 6 Freiwillige Versicherung.....	349

Inhalt

Dritter Abschnitt – Versicherungsfall	249
§ 7 Begriff.....	349
§ 8 Arbeitsunfall	349
§ 9 Berufskrankheit.....	350
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	353
§ 12 Versicherungsfall einer Leibesfrucht.....	353
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe	353
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	353
Zweites Kapitel – Prävention.....	354
§ 14 Grundsatz	354
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	354
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	356
§ 17 Überwachung und Beratung.....	356
§ 18 Aufsichtspersonen	356
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	356
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten	357
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	358
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	359
§ 23 Aus- und Fortbildung.....	359
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst.....	359
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	360
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen.....	360
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	360
§ 26 Grundsatz	360
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung.....	361
§ 27 Umfang der Heilbehandlung	361
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	361
§ 29 Arznei- und Verbandmittel	361
§ 30 Heilmittel.....	361
§ 31 Hilfsmittel.....	361
§ 32 Häusliche Krankenpflege	362
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	362
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	362
Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	363
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	363
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	364
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	364
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	364
§ 41 Wohnungshilfe.....	364
§ 42 Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	364
§ 43 Reisekosten.....	365
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.....	365
§ 44 Pflege	365
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	366
§ 45 Voraussetzungen für das Verletztengeld.....	366
§ 46 Beginn und Ende des Verletztengeldes.....	366
§ 47 Höhe des Verletztengeldes.....	367

§ 47a	Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	368
§ 48	Verletztengeld bei Wiedererkrankung	368
§ 49	Übergangsgeld	368
§ 50	Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes	369
§ 52	Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	369
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen		369
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte		369
§ 56	Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	369
§ 57	Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten	370
§ 58	Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit	370
§ 59	Höchstbetrag bei mehreren Renten	370
§ 60	Minderung bei Heimpflege	370
§ 62	Rente als vorläufige Entschädigung	370
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten		370
§ 72	Beginn von Renten	370
§ 73	Änderungen und Ende von Renten	371
§ 74	Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	371
Vierter Unterabschnitt – Abfindung		371
§ 75	Abfindung mit einer Gesamtvergütung	371
§ 76	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert	372
§ 77	Wiederaufleben der abgefundenen Rente	372
§ 78	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert	372
§ 79	Umfang der Abfindung	372
§ 80	Abfindung bei Wiederheirat	372
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst		373
Erster Unterabschnitt – Allgemeines		373
§ 81	Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	373
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung		373
§ 82	Regelberechnung	373
§ 83	Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung	374
§ 84	Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	374
§ 85	Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	374
§ 87	Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	375
§ 88	Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene	375
§ 89	Berücksichtigung von Anpassungen	375
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung		375
§ 90	Neufestsetzung nach Altersstufen	375
§ 91	Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	375
Vierter Abschnitt – Mehrleistungen		376
§ 94	Mehrleistungen	376
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen		376
§ 95	Anpassung von Geldleistungen	376
§ 96	Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze	377
§ 97	Leistungen ins Ausland	378
§ 98	Anrechnung anderer Leistungen	378
§ 101	Ausschluß oder Minderung von Leistungen	378
§ 102	Schriftform	379
§ 103	Zwischennachricht, Unfalluntersuchung	379

Inhalt

Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	379
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen.....	379
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	379
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen.....	379
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	380
§ 108 Bindung der Gerichte	380
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	380
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern.....	380
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	380
§ 111 Haftung des Unternehmens	381
§ 112 Bindung der Gerichte	381
§ 113 Verjährung	381
Fünftes Kapitel – Organisation	381
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	381
§ 114 Unfallversicherungsträger	381
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit.....	382
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	382
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	383
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger.....	383
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	383
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	383
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	383
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	384
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	385
§ 138 Unterrichtung der Versicherten.....	386
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit.....	386
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	386
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen	387
§ 140 Haftpflicht- und Auslandsversicherung	387
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	387
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....	387
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	387
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	387
§ 150 Beitragspflichtige	387
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	388
Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten	388
§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer.....	388
§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	388
§ 193 Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalles durch die Unternehmer.....	389
§ 195 Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....	390
Achstes Kapitel – Datenschutz	390
Erster Abschnitt – Grundsätze	390
§ 199 Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger.....	390
§ 200 Einschränkung der Übermittlungsbefugnis.....	391
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....	391
§ 201 Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....	391
§ 202 Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten	391

§ 203	Auskunftspflicht von Ärzten.....	392
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....		392
§ 206	Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten.....	392
§ 207	Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren.....	393
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften.....		393
§ 209	Bußgeldvorschriften.....	393
§ 210	Zuständige Verwaltungsbehörde.....	394
§ 211	Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.....	394
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht.....		395
§ 219a	Altersrückstellungen.....	395

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....		398
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften.....		398
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	398
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.....		398
§ 49	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung.....	398
§ 50	Leistungen an Arbeitgeber.....	400
§ 51	Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation.....	401
§ 52	Rechtsstellung der Teilnehmenden.....	401
§ 53	Dauer von Leistungen.....	401
§ 54	Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	402
§ 55	Unterstützte Beschäftigung.....	402
§ 56	Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen.....	403
§ 57	Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....	403
§ 58	Leistungen im Arbeitsbereich.....	404
§ 60	Anderer Leistungsanbieter.....	405
§ 61	Budget für Arbeit.....	405
§ 61a	Budget für Ausbildung.....	406
§ 62	Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	406
§ 63	Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....	406
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen.....		407
§ 64	Ergänzende Leistungen.....	407
§ 65	Leistungen zum Lebensunterhalt.....	408
§ 66	Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	409
§ 67	Berechnung des Regelentgelts.....	409
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen.....	410
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage.....	410
§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen.....	411
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen.....	411
§ 72	Einkommensanrechnung.....	412
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht).....		412
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften.....		412
§ 97	Fachkräfte.....	412
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben.....		413
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung.....	413

Inhalt

Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)	413
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis	413
§ 151 Geltungsbereich	413
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber	414
§ 154 Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	414
§ 155 Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	414
§ 156 Begriff des Arbeitsplatzes	415
§ 157 Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	415
§ 158 Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen	415
§ 159 Mehrfachanrechnung	416
§ 160 Ausgleichsabgabe	416
§ 161 Ausgleichsfonds	418
§ 162 Verordnungsermächtigungen	418
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen	419
§ 163 Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	419
§ 164 Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	420
§ 165 Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	421
§ 166 Inklusionsvereinbarung	421
§ 167 Prävention	422
Kapitel 4 – Kündigungsschutz	422
§ 168 Erfordernis der Zustimmung	422
§ 169 Kündigungsfrist	422
§ 170 Antragsverfahren	422
§ 171 Entscheidung des Integrationsamtes	422
§ 172 Einschränkungen der Ermessensentscheidung	423
§ 173 Ausnahmen	423
§ 174 Außerordentliche Kündigung	424
§ 175 Erweiterter Beendigungsschutz	424
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	425
§ 176 Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	425
§ 178 Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	425
§ 181 Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	426
§ 182 Zusammenarbeit	426
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	427
§ 185a Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	427
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste	427
§ 192 Begriff und Personenkreis	427
§ 193 Aufgaben	428
Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	429
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	429
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	429
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften	429
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen	429
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	429
§ 207 Mehrarbeit	430
§ 208 Zusatzurlaub	430
§ 209 Nachteilsausgleich	430
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit	430

Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe.....	431
§ 215 Begriff und Personenkreis	431
§ 216 Aufgaben.....	432
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen.....	432
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....	432
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	432
§ 237a Strafvorschriften.....	432
§ 237b Strafvorschriften.....	432
§ 238 Bußgeldvorschriften.....	433
§ 241 Übergangsregelung.....	433

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	438
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	438
§ 131 Gewaltdarstellung	438
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	438
§ 164 Falsche Verdächtigung	438
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	438
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	438
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung	439
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	440
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	441
§ 184i Sexuelle Belästigung.....	441
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	441
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....	442
§ 185 Beleidigung.....	442
§ 186 Üble Nachrede.....	442
§ 187 Verleumdung.....	442
Fünftehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	442
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes.....	442
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen.....	443
Siebzehter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	444
§ 223 Körperverletzung.....	444
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	444
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	444
Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	444
§ 238 Nachstellung.....	444
§ 240 Nötigung.....	445
§ 241 Bedrohung.....	446

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	448
§ 1 Zielsetzung	448
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	448
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	448
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	448
§ 5 Benachteiligungsverbot	449

Inhalt

Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	449
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	449
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	449
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	449
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit	450
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	450
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	451
§ 11 Kündigungsverbot.....	451
§ 12 Arbeit auf Abruf	451
§ 13 Arbeitsplatzteilung	452
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge.....	453
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	453
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	454
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	454
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	454
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	454
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	454
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	454
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	454
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften	455
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	455
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	455

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	458
§ 2 (aufgehoben)	458
§ 3	458

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich.....	460
§ 2 Begriffsbestimmungen	460
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers	460
§ 4 Pflichtvorsorge.....	461
§ 5 Angebotsvorsorge	461
§ 5a Wunschvorsorge.....	461
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	462
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	462
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	463
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	463
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	464

Bestelloptionen



Das Aushangpflichten-Paket für Baustellen

Sie haben Fragen zum Produkt oder benötigen Unterstützung bei der Bestellung? Unser Kundenservice ist für Sie da:

☎ 08233 / 381-123 (Mo - Do 7:30 - 17:00 Uhr, Fr 7:30 - 15:00 Uhr)

✉ service@forum-verlag.com

Oder bestellen Sie bequem über unseren Online-Shop:

[Jetzt bestellen](#)